



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	23.09.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Beantwortung von Anfragen aus der Sitzung vom 02.09.2010 zu den TOPs
6.3 Teilnahme der ARGE Köln am Bundesmodellprojekt "Bürgerarbeit" - 3649/2010
6.4 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln - 3657/2010

Wortlaut der Anfragen:

1. RM Frau Lüttig bat zu TOP 6.3 um eine genauere Aufschlüsselung entsprechend der Schwerpunkte, die unter den Zielgruppen genannt worden seien, z.B. nach den Kategorien männlich, weiblich, Alleinerziehende, etc.
2. SE Herr Kersjes bat zum Eingliederungstitel 2010 um eine Einschätzung, was realistisch in 2010 verausgabt werde. Weiterhin berichtete er über gewisse Hemmnisse, Beauftragungen in das nächste Jahr vorzunehmen und nennt hierzu die Maßnahme „Fit in den Job“ als Beispiel. Herr Kersjes bat, hierzu die Gründe darzustellen und diese Fragen schriftlich zur nächsten Sitzung zu beantworten.

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.:

Aus dem Bestand der Zuweisungen können die nachfolgend aufgeführten Kategorien ersehen werden. Bezüglich der Zusammensetzung der Teilnehmer/innen an der Aktivierungsphase der „Bürgerarbeit“ können sich in der kommenden Zeit noch kleinere Abweichungen ergeben.

Aus den derzeit vorliegenden Zuweisungsdaten ergibt sich:

	Derzeit absolute Anzahl	Derzeitiger Prozentsatz
Geschlecht		
Männlich	458	58 %
Weiblich	325	42 %
Staatsangehörigkeit		
Deutsch	504	64 %
Nicht deutsch	279	36 %
Alter		
35 bis 39 Jahre alt	313	40 %
40 bis 45 Jahre alt	470	60 %
Alleinerziehende		
Alleinerziehende	13	1,6 %
Nicht Alleinerziehende	770	98,4 %

Zu 2.:

Nach derzeitigem Stand (Mitte Sep. 2010) ist davon auszugehen, dass von dem unter dem Eingliederungstitel (EGT) für 2010 zur Verfügung stehenden Budget mit einem Volumen von ca. 108,2 Mio. EUR bis Jahresende ca. 100 Mio. EUR verausgabt werden können.

Wegen der sehr späten Mittelzuteilung für 2010 konnten die Ausgabemittel zu Beginn des Jahres nicht im geplanten Umfang eingesetzt werden. Daneben wurden die geplanten Maßnahmeeintritte in den ersten drei Quartalen 2010 nicht erreicht. Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, das zur Verfügung stehende Eingliederungsbudget in noch höherem Maße auszuschöpfen, wurden eingeleitet.

Beauftragungen, die in diesem Jahr eingegangen werden und in Folgejahre hineinreichen, können nur im Rahmen der für 2011 und 2012 zur Verfügung stehenden Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden. Die Verpflichtungsermächtigungen sind begrenzt und stehen in direktem Zusammenhang mit dem für 2011 zu erwartenden Haushaltsvolumen. In 2011 ist mit erheblichen Kürzungen des EGT zu rechnen. Insoweit können Beauftragungen zum jetzigen Zeitpunkt nur dann vorgenommen werden, wenn durch die zu erwartenden Verpflichtungsermächtigungen auch eine Deckung in dieser Höhe sicher erwartet werden kann.

Unter Berücksichtigung der für 2011 zu erwartenden Einschnitte muss für die erforderlichen Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitsmarktes ein Planungsspielraum verbleiben.

gez. Dr. Klein